

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage und Sonnabende, von 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis für die Einzahlungsleistung von der Druckerei monatlich 20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk.; durch unsere Buchhandlung monatlich 50 Pf., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den bestellten Postämtern vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. / Die Postämter, Poststellen sowie unsere Agenturen und Buchhändler nehmen überall Bestellungen entgegen. / Im Falle der Verhinderung durch einen oder mehrere unserer Mitarbeiter werden die Lieferungen der Zeitungen durch die Lieferanten oder durch andere Mitarbeiter der Druckerei ersetzt. / Bei der Zulieferung können Abweichungen auf Verlangen der Abonnenten in der Ausgabe der Zeitungen vorkommen. / Ferner hat der Abonnent in den oben genannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in fehlerhafter Auflage oder nicht erscheint. / Einzelne Nummern der Nummer 10 Pf. / Zuschriften sind nicht persönlich zu überreichen, sondern an den Verlag, die Geschäftsstelle oder die Druckerei zu richten. / Abnahme-Zustellungen haben unter Rückzahlung. / Verleger: Verlagsgesellschaft Wilsdruff.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das sowie für das Königliche

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Numm.: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 187.

Sonnabend den 15. Dezember 1917.

76. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich heute auf der 4. Seite.

Die Waffenstillstands-Verhandlungen dauern an.

Der Tiger droht.

Nach Malou, dem früheren französischen Minister des Innern, kommt Caillaux, der frühere Finanzminister, an die Reihe. Herr Clemenceau will also sein Wort halten: ohne Ansehen der Person soll jeder, der im Verdacht der Friedensgeneigtheit steht, den Kriegsgerichten oder dem Staatsgerichtshof ans Messer geliefert werden, und wo die parlamentarische Unverletzlichkeit des Angeklagten Schwereigkeiten bereitet, soll dieser Amtstraden durch Kammerbeschluss zerrissen werden. Herrn Caillaux wird nichts geringeres vorgeworfen als daß er sich eines Anschlages auf die Sicherheit des Staates schuldig gemacht habe durch Intrigen, die geeignet gewesen seien, die Bündnisse Frankreichs bloßzustellen. Ferner des Einverständnisses mit dem Feind und — das schlimmste kommt zuletzt — einer kaum zu machenden Propaganda. Mindestens die einfache Todesstrafe wird damit einem Manne in Aussicht gestellt, dem im Grunde wahrscheinlich nichts anderes vorgeworfen werden kann als daß er dem Vaterland auf seine Weise zu dienen bemüht gewesen ist, wenn überhaupt den Beschuldigungen so viel Tatsächliches zu Grunde liegt, daß die Anklageerhebung vom Standpunkt eines unparteiischen Richters zu rechtfertigen ist. Aber wenn Clemenceau die Staatsmaschine der Republik in der Hand hat, dann weiß man schon in Frankreich, was die Glocke geschlagen hat: nach irgend einer Seite muß der grimmige Haß dieses Mannes sich entladen können, und da die Feinde des Landes ihm einwillen noch ganz unerreichbar sind, er sie also nicht erschmettern kann, müssen eben die „inneren Feinde“ des Volkes daran glauben — oder diejenigen, die der Herr Ministerpräsident zu solchen zu stempeln für gut befindet.

Was Caillaux und seine Leidensgefährten verbrochen haben sollen, wurde früher, solange es sich nur um die innere Sicherheit des Staatslebens handelte, als „Sabotage“ gebrandmarkt. Jetzt, da es um den äußeren Bestand der Republik geht, nennt man es „Defaitismus“. Damit gesagt sein soll, daß diese Elemente die Festigkeit des Widerstandes auslösen wollen, der dem Feind entgegengelehrt werden soll, bis er wehrlos am Boden liegt, daß sie den kampfschwächlichen Willen der Nation schwächen und lähmen wollen, drinnen im Lande und fortwährend draußen an der Front, daß sie den Zusammenhalt des Völkerbundes lockern wollen, der eigens zu dem Zwecke gegründet worden ist, um Frankreichs Zukunft für alle Seiten gegen den Nachbinger seiner teutonischen Nachbarn sicherzustellen. Herr Malou hat nun zwar als Minister des Innern ganz im Geiste des jetzigen Herrn und Meisters die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten gesucht, aber da er zu anständig war, um gleich auf jedes Geschrei einer vom Verfolgungswahn besessenen Presse die Justiz in Bewegung zu setzen, da nicht jeder angelegene Franzose in seinen Augen vogelfrei erscheinen konnte, sobald ein Schmutzsprüher dieses oder jenes Barfieser Kabalett seinen Rod bestreift, so mußte er herunter vom Ministerstuhl und darf diesen jetzt mit der Anklagebank vertauschen. War Malou noch in die Standalgeschichten der jüngsten Zeit verwickelt, mit denen die Franzosen sich unterhalten zu lassen für gut fanden, wenn auch nur faszinieren als leidender Teil, so wußte man bei Caillaux zuerst nicht recht, wo man bei ihm den Daken ansetzen sollte. Als einflußreicher Finanzmann blieb er natürlich niemals „in aller Munde“ verstorben, daß ist in der dritten Republik nun einmal nicht anders. Aber damit war, wenn man ihm den Hals umdrehen wollte, nichts Gescheites anzufangen. Clemenceau blieb es vorbehalten oder vielmehr seiner Feder, solange sie noch nicht eigentliche Regierungsgeschäfte zu leisten hatte, an der Ehre dieses Mannes so hartnäckig herumzuarbeiten, bis er fürs Zuchthaus oder gar für das Schafott reif geworden ist. Bald sollte er in Paris oder in Bordeaux Verhandlungen angestellt haben, um einen Umsturz in der Kriegspolitik des Landes vorzubereiten, bald irgendwo im Zustande Zusammenkünfte mit geheimnisvollen Fremden gehabt haben, auf denen verräterische Pläne gegen die Sicherheit der Republik geschmiedet würden. Nicht es bei Malou, er habe seine Schandtat damit gekrönt, daß er die militärischen Aktionen an der Westfront den Deutschen ankündigt, so daß diese sich rechtzeitig auf ihre Abwehr einrichten konnten, so blieb es bei Caillaux, ihm sei die Ehre des Landes um Geld und Gut feil gewesen. Clemenceau, der Tiger, kennt keine Gnade; da er zurzeit nicht mehr Minister führen kann, müssen eben frühere Minister ihm vor die Kniee. Und die Kammer steht vor der Wahl, ob sie für seinen „Defaitismus“ die Verantwortung übernehmen will.

Wir können diesen Vorgängen mit der Gelassenheit des unbeteiligten Zuschauers folgen. Unzweifelhaft sind sie ein Eingreifen dafür, daß die Friedenssehnsucht des französischen

Volkes mit gewöhnlichen Mitteln des staatlichen Zwanges nicht mehr niedergehalten werden kann, daß es schon ganz besonderer Gewaltanwendung bedarf um sie auszurotten oder wenigstens für den Augenblick abzulenken oder unschädlich zu machen. Lieber opfert Herr Clemenceau ein paar von den führenden Männern seines Volkes, ehe er sich einer Volkskürzung fügt, die kein Nachbedenken gegen den rechtmäßigen Vorkriegs-Lothringens ungefüllt lassen würde. Der Spieler wagt den letzten Einsatz. Wir werden schon sehen, wie ihm seine frevelhafte Leichtfertigkeit bekommen wird!

Die Anklage gegen Caillaux.

Der Antrag auf Aufhebung der Immunität Caillaux' wird eingehend begründet. Es heißt da unter anderem, er habe gesagt, daß er — nach Clemenceau Ministerpräsident geworden — den Frieden unterzeichnen und ein Bündnis mit Deutschland schließen werde. Der Antrag schließt, es seien hinreichend Verdachtsmomente vorhanden, daß Caillaux die Auflösung der französischen Bündnisse betrieben und so die feindlichen Waffen unterstützt habe. — Caillaux gebietet sich zunächst zu verteidigen, indem er mit Enthüllungen über Clemenceau droht.

Der Krieg.

Sitzung der Entente 1917.

Das Jahr, das der Zurückweisung des deutschen Friedensangebotes am 12. Dezember 1916 folgte, kommt der Entente teuer zu stehen. Abgesehen von den Verlusten an Menschen, Material, Gerät und Ländern erreichten die reinen Kriegsausgaben eine ungeheure Höhe. Nach Ententequellen gaben in diesem einen Jahr aus: England 68 Milliarden Mark, Frankreich 36,3 Milliarden, Rußland 46,4 Milliarden, Italien 12,2 Milliarden, Amerika 63,1 Milliarden. Das ergibt die gewaltige Summe von 200 Milliarden für ein einziges Jahr. Demgegenüber stehen für Deutschland 88 Milliarden, Österreich-Ungarn 18,7 Milliarden, Türkei 0,66 Milliarden, Bulgarien 0,64 Milliarden, zusammen für die Mittelmächte 66 Milliarden. Das Verhältnis wird sich in künftigen Kriegsmomaten noch mehr zugunsten der Entente verschlechtern und das Ergebnis wird um so fühlbarer sein, als zwar die Mittelmächte ihre Kriegskosten fast ganz im eigenen Lande aufbringen, die Ententeländer dagegen außerordentlich schwer verschuldet sind.

Die Kanonen sollen schweigen.

Friedensverhandlungen ohne die Entente. (Amtlich.) Berlin, 13. Dezember.

Die russische Delegation ist am 12. Dezember zur Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen verabschiedungsgemäß in Brest-Litowsk wieder eingetroffen. Die nächste Vollsitzung findet am 13. Dezember vormittags statt.

In Abereinstimmung mit dieser Meldung hat auch die Petersburger Telegraphenagentur eine Rundgebung über die Fortsetzung der Verhandlungen veröffentlicht. Darin heißt es u. a.: Die Unterbrechung der Waffenstillstandsverhandlungen auf eine Woche wurde auf russischer Seite dazu bestimmt, sich noch einmal an die Alliierten zu wenden und noch einmal die Soldaten und Proletarier auszurufen, nachdrücklich in den Gang der Ereignisse einzugreifen; dieser Entschluß ist ausgeführt worden.

Der Rat der Volksbeauftragten hat den alliierten Ländern vorgeschlagen, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen, aber keine Antwort ist bemerkbar geworden; die Verantwortlichkeit fällt auf sie.

Die russische Abordnung reist ab, um die Waffenstillstandsverhandlungen fortzusetzen. Sie reist, gestützt auf die moralische Kraft der siegreichen Revolution der Arbeiter und Bauern, sie reist, um die Kanonen zum Schweigen zu bringen und die Gewehre sich senken zu lassen an der ganzen Front vom Baltischen bis zum Schwarzen Meere. Die russische Abordnung wird die begonnenen Waffenstillstandsverhandlungen zum Abschluß bringen. Sie wird fortfahren, wie sie angefangen hat, nicht wie einer, der sich ergibt, sondern als bevollmächtigte Vertretung des Landes eines aufrechten Volkes, auf welches die Blide von Millionen und aber Millionen von Arbeitern und Soldaten der ganzen Welt gerichtet sind.

Kaledin und Kornilow geschlagen.

Nach einer Reutersmeldung fand der erste Zusammenstoß zwischen den maximalistischen Truppen und einem

Trupp des Generals Kornilow, der zwischen drei- und viertausend Mann zählte und mit Maschinengewehren ausgerüstet war, auf der Station Tamarofka, 28 Werst von Belgorod statt. Die Maximalisten siegten. Ebenso wurden nach schwerer Feldschlacht die sogenannten Sturm-Battallone Kaledin bei Belgorod geschlagen. Im Verfolg dieser Siege ordnete ein Erfolg die Verhaftung der gegen die Revolution feindseligen Militärs- und Zivilisten an.

Neue Gerichtsbarkeit in Rußland.

In ganz Rußland werden revolutionäre Gerichte eingesetzt zur Bekämpfung der Gegenrevolution, der Sabotage von Beamten, Minderungen, Spekulation und Parodieren. Die Mitglieder der revolutionären Gerichtsbarkeit werden von den drückenden Arbeiter- und Soldatenräten gewählt. Sie sind frei in der Wahl der Mittel zur Bekämpfung der Übertreter der revolutionären Gebote. Vorgeschlagen werden Geldstrafen, öffentlicher Tadel, Entziehung des öffentlichen Kredits, Zwangsarbeit und Freiheitsberaubung.

Kerenski in die Konstituante gewählt.

Die „Times“ meldet, daß Kerenski, dessen Aufenthaltsort streng geheimgehalten wird, von der schwedischen Armee zum Abgeordneten in der gezielenden Versammlung gewählt wurde. Bisher sind 146 Abgeordnete gewählt, wovon 87 zu den Sozialrevolutionären, 35 zu den Maximalisten, 16 zu den Kadetten gehören.

Japanische Truppen in Wladivostok.

Der Bericht aus Tokio über die Ankunft japanischer Truppen in Wladivostok wird von der japanischen Gesandtschaft bestätigt. In Antwort auf die (von Amerika) gestellte Frage teilte die Gesandtschaft mit, daß in Wladivostok Genietruppen gebraucht werden, um den Daken für einige Zeit als Endpunkt der transsibirischen Eisenbahn einzurichten zu können.

Für und wider den Wirtschaftskrieg.

Unsicherheit im englischen Kabinett.

Die gesamte Presse beschäftigt sich eingehend mit der Rede, die der ehemalige Premierminister Asquith über den Friedensbrief Lord Lansdowne gehalten hat. Die meisten Blätter erklären zustimmend, sowohl die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz als auch der Plan eines mitteleuropäischen Blockes müssen verschwinden. Den starken Eindruck, den Lansdownes Brief und Asquiths Rede in der Öffentlichkeit gemacht haben, geht es zu wünschen und so benutzte dann Schatzkanzler Bonar Law die Beratung der Gesetzesvorlage über nichtlebenshaltige Metalle, um in einer Rede folgendes auszuführen:

Der deutsche Ring, der vor dem Kriege den Handel mit diesen Metallen beherrschte, hatte so große Macht auf der ganzen Welt, daß es für neue Verträge unmöglich war, mit ihm innerhalb des britischen Reiches zu wettbewerben. Wir verloren die Verfügung über die innerhalb unserer Gebiete gewonnenen Metalle. Wenn wir die Möglichkeit eines künftigen Krieges berücksichtigen und nicht alle Lehren des jetzigen vergessen wollen, müssen wir einsehen, daß diese deutsche Durchdringung nicht nur eine Kontrolle über Artikel bedeutete, die für uns notwendig waren, sondern daß eine derartige Vorrangstellung auch im Kriegsfall gegen uns ausgenutzt werden würde. Die Hauptfrage am Schluß des Krieges wird die Beschaffung von Rohstoffen sein. Sie werden in allen Industrien knapp sein, und unsere Feinde müssen bedenken, daß, je länger der Krieg dauert, desto weniger davon zur Verfertigung gelangen wird, zumal die Alliierten zuerst sich selbst helfen werden.

Bei dem in Frage stehenden Gegenstand handelt es sich in erster Linie um den Blei- und Aluminiummarkt, auf dem bis zum Kriegsausbruch deutsche und englische Produzenten zusammengeschlossen waren. Wenn Bonar Law in seiner Rede weiter erklärte, daß habe mit dem Wirtschaftskriege nichts zu tun, so strakt er sich selbst Lügen, denn er droht ja ausdrücklich mit der Rohstoffsperrre, wenn wir uns nicht unterwerfen. Daß man übrigens in gewissen Kreisen Englands noch immer mit dem Wirtschaftskrieg nach dem Kriege rechnet, zeigt nicht nur die Karte Bonar Laws, sondern auch ein Artikel des „Daily Express“, der Neuwahlen fordert, damit Lord George (der für den Wirtschaftskrieg ist) sich in seiner Macht befestigen kann, ehe ihn Asquith (der den Wirtschaftskrieg vertritt) durch eine Unterhausabstimmung aus dem Sattel wirft. Das Kabinett wird also auch von seinen Freunden als nicht mehr ganz fest angesehen.